ABHANDLUNGEN ZU MIGRATION UND FLÜCHTLINGSFRAGEN TRAITÉS SUR LA MIGRATION ET DES PROBLÈMES DES RÉFUGIÉS TREATISES ON MIGRATION AND REFUGEE PROBLEMS TRATTATI DELLA MIGRAZIONE E DEI PROBLEMI DEI RIFUGIATI

Band 4

SIMONE GRIMM

# DIE RÜCKFÜHRUNG VON FLÜCHTLINGEN IN DEUTSCHLAND



**BWV** · BERLINER WISSENSCHAFTS-VERLAG



Abhandlungen zu Migration und Flüchtlingsfragen Traités sur la migration et des problèmes des réfugiés Treatises on Migration and Refugee Problems Trattati della migrazione e dei problemi dei rifugiati

Band 4

Herausgegeben von



ASSOCIATION FOR THE STUDY OF THE WORLD REFUGEE PROBLEM ASSOCIATION POUR L'ÉTUDE DU PROBLÈME MONDIAL DES RÉFUGIÉS FORSCHUNGSGESELLSCHAFT FÜR DAS WELTFLÜCHTLINGSPROBLEM ASSOCIAZIONE PER LO STUDIO DEL PROBLEMA MONDIALE DEI RIFUGIATI

Prof. Dr. Michael Wollenschläger

## Simone Grimm

# Die Rückführung von Flüchtlingen in Deutschland



## Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nd.de abrufbar.

ISBN 978-3-8305-2373-4

Die AWR und der Herausgeber sind nicht verantwortlich für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts der Abhandlungen. Die Auffassungen in den Abhandlungen decken sich nicht notwendigerweise mit den Meinungen der AWR.

#### Vorwort

Vorliegende Untersuchung hat im Wintersemester 2005/2006 der Juristischen Fakultät der Julius-Maximilians-Universität Würzburg als Dissertation vorgelegen. Das Promotionsverfahren wurde im Sommersemester 2006 abgeschlossen. Literatur und Rechtsprechung wurden in der Publikation bis Ende 2006 berücksichtigt.

Mein ganz besonders herzlicher Dank gilt Herrn Prof. Dr. Michael Wollenschläger, der die Dissertation betreute und mit wertvollen Anregungen und Denkanstößen behilflich war. Er war darüber hinaus ein steter Förderer meiner wissenschaftlichen Arbeiten. Für die Erstattung des Zweitgutachtens danke ich Herrn Privatdozenten Dr. Winfried Bausback herzlich.

Der deutschen Sektion der Forschungsgesellschaft für das Weltflüchtlingsproblem (AWR) sage ich Dank für die Verleihung des 3. Forschungspreises. Für die Aufnahme in die Schriftenreihe "Abhandlungen zu Migrations- und Flüchtlingsfragen" danke ich. Die Schriftenreihe wird von der Regierung des Fürstentums Liechtenstein ideell und materiell gefördert.

Mein Dank gilt vor allem meinen Eltern und nicht zuletzt meinem Mann Hubert Grimm, ohne deren liebevolle Unterstützung und Geduld, es diese Arbeit nicht geben würde.

Ich widme dieses Buch meinen Eltern.

Leonberg im Februar 2007

Simone Grimm

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XV
Einleitung	1
A. Problemaufriss	1
B. Ziel und Gegenstand der Untersuchung/ Methodische Überlegungen	6
C. Gang der Untersuchung	7
Kapitel 1: Die betroffenen Flüchtlingsgruppen	9
A. Flüchtlingsgruppen, die rückgeführt werden müssen	9
I. Flüchtlinge, deren Asyl- oder Flüchtlingsstatus abgelehnt wurde	9
1. Anerkennungsvoraussetzungen	
a. Materielle Voraussetzungen	
aa. Anerkennung nach Art. 16 a GG	
bb. Feststellung nach § 60 Abs. 1 AufenthG	
b. Verfahren	
aa. Einreise über Land- und Wasserwegbb. Einreise über den Luftweg (Flughafenverfahren)	
c. Rechtsschutzmöglichkeiten gegen die Entscheidung	
Voraussetzungen für den Familiennachzug	
a. Familiennachzug zu Asylberechtigten gem. § 26 AsylVfG	
b. Familiennachzug zu Konventionsflüchtlingen	
aa. Rechtslage vor dem 01.01.2005	15
bb. Rechtslage ab dem 01.01.2005	
3. Aufenthaltsrechtlicher Status nach der Anerkennung	
a. Rechtslage vor dem 01.01.2005	16
aa. Asylberechtigte	
bb. Konventionsflüchtlinge	
b. Rechtslage ab dem 01.01.2005	
4. Aufenthaltsrechtliche Folgen der Ablehnung des Asylantrages	17
II. Flüchtlinge, deren Asyl- oder Flüchtlingsstatus nachträglich wegfällt	18
<ol> <li>Erlöschen der Asyl- und Flüchtlingsanerkennung gem. § 72 AsylVfG</li> <li>Widerruf der Asyl- oder Flüchtlingsanerkennung gem.</li> </ol>	
§ 73 Abs. 1 AsylVfG	
a. Verfassungsrechtliche Beurteilung des § 73 Abs. 1 AsylVfG	
b. Veränderung der Verhältnisse im Herkunftsstaat	
aa. Begriff der grundlegenden Änderung der Verhältnisse	
bb. Widerruf nur bei Änderung der tatsächlichen Verhältnisse	24
Verfolgungsgefahr im Heimatstaat	26
(1) Einzelverfolgung	
(1) Dillet voi forguing	20

(2) Gruppenverfolgung	28
c. Unzumutbarkeit der Rückkehr	29
d. Besonderheiten beim Widerruf des Familienasyls	
e. Verfahren	
f. Anwendbarkeit der §§ 48, 49 VwVfG neben § 73 AsylVfG	
aa. Ansicht der Literaturbb. Ansicht der Rechtsprechung	
cc. Ergebnis	
3. Rücknahme	
4. Rücknahme und Widerruf eines Abschiebungshindernisses	
gem. § 73 Abs. 3 AsylVfG	37
5. Erlöschen der Rechtsstellung gem. § 73 a AsylVfG	
6. Aufenthaltsrechtliche Folgen des Wegfalls der Asylberechtigung	
a. Rechtslage vor dem 01.01.2005b. Rechtslage ab dem 01.01.2005	
7. Bedeutung der Beendigungstatbestände in der Praxis	
8. Die Auswirkungen des neuen § 73 Abs. 2 a AsylVfG	
III. Flüchtlinge, deren Aufenthaltsstatus von vornherein begrenzt ist	
1. Rechtslage vor dem 01.01.2005	
2. Rechtslage ab dem 01.01.2005	
IV. Ergebnis	
Kapitel 2: Die Rückführung	
A. Rückkehrpolitik in Deutschland	
B. Zusammenarbeit mit anderen Staaten	
I. Die Bedeutung der Zusammenarbeit	
II. Die Rückübernahmeübereinkommen der BRD	
III. Sonstige Abkommen mit Bezug zur Rückführung	54
IV. Rückübernahmeabkommen der EU	55
C. Freiwillige Rückkehr	56
I. Rückkehrberatung	57
II. Durchführung der Rückkehr	
Bedeutung und Entwicklung der Internationalen Organisation	
für Migration	58
2. Rückführungsprogramme	
a. Die REAG – und GARP-Programme	
b. Sonderprogramme	
Erfolg der Rückführung in Deutschland	
4. Ergebnis	
D. Unfreiwillige Rückkehr	
I. Gesetzliche Grundlagen und das Verfahren der Abschiebung	65

1. Ausreisepflicht	
2. Erforderlichkeit der Abschiebung	
3. Abschiebungsandrohung	
4. Abschiebungsanordnung gem. § 58 a AufenthG	
5. Zuständigkeit zur Abschiebung	71
II. Abschiebungsschutz	71
1. Abschiebungsverbot gem. § 60 Abs. 1 AufenthG	
a. Anerkennungsvoraussetzungen	
aa. Staatlichkeit der Verfolgung	
bb. Verfolgungsgründe	74
cc. Sonderfall: Geschlechtsspezifische Verfolgung	
dd. Inländische Fluchtalternative	79
b. Vergleich mit dem Schutzbereich des Art. 16 a GG	
2. Abschiebungshindernisse	
a. Abschiebungshindernis gem. § 60 Abs. 2 AufenthG	
aa. Begriff der Folter	
bb. Konkrete Gefahr	
b. Hindernis bei Gefahr der Todesstrafe	
aa. Begriff der Todesstrafe	
bb. Gefahr	
c. Auslieferung und Abschiebung	
d. Abschiebungshindernis gem. § 60 Abs. 5 AufenthG	
aa. Art. 3 EMRK	85
(1) Begriff der Folter oder unmenschlicher oder	
erniedrigender Behandlung	85
(2) Staatlichkeit der Folter bzw. unmenschlichen und	
erniedrigenden Behandlung	
(a) Ansicht des Bundesverwaltungsgerichts	
(b) Rechtsprechung des EGMR	87
(c) Ansichten in der Literatur	
(d) Zusammenfassung	
bb. Art. 8 EMRK	
cc. Art. 2 EMRK	
dd. Art. 6 EMRK	
ee. Art. 9 EMRK	
ff. Art. 4 des 4. Zusatzprotokolls vom 16.09.1963	
e. Bedeutung des § 60 Abs. 6 AufenthG	
f. Abschiebungshindernis gem. § 60 Abs. 7 AufenthG	95
3. Aufenthaltsrechtliche Folgen bei Bestehen eines	100
Abschiebungshindernisses	
a. Rechtslage vor dem 01.01.2005	
b. Rechtslage ab dem 01.01.2005	
4. Abschiebungsstopp gem. § 60 a Abs. 1 AufenthG	
a. Rechtsnatur	
b. Tatbestandsvoraussetzungen	103

c. Inhalt und Wirkung	103
5. Tatsächliche Abschiebungs- und Vollstreckungshindernisse	103
6. Praxisrelevanz und Ergebnis	105
III. Durchführung der Abschiebung/Verwaltungsvorschriften	106
IV. Abschiebungshaft (§ 62 AufenthG)	107
1. Sicherungshaft (§ 62 Abs. 2 AufenthG)	107
a. Haftgründe	108
b. Erforderlichkeit der Haft	111
c. Dauer der Haft	113
2. Vorbereitungshaft (§ 62 Abs. 1 AufenthG)	
V. Die gesetzlichen Grundlagen und das Verfahren der Zurückschiebung	
1. Zuständigkeit	
2. Verfahren und Voraussetzungen	115
E. Praktische Durchführung der Abschiebung in den einzelnen	
Bundesländern	116
I. Baden-Württemberg	116
1. Zuständigkeit	116
2. Zahlen	
3. Besonderheiten	117
II. Bayern	118
1. Zuständigkeit	118
2. Zahlen	118
3. Besonderheiten	119
III. Berlin	121
1. Zuständigkeit	121
2. Zahlen	
3. Besonderheiten	121
IV. Brandenburg	122
1. Zuständigkeit	122
2. Zahlen	
3. Besonderheiten	122
V. Bremen	122
1. Zuständigkeit	122
2. Zahlen	123
3. Besonderheiten	
VI. Hamburg	123
1. Zuständigkeit	123
2. Zahlen	
3 Besonderheiten	124

VII. Hessen	125
1. Zuständigkeit	125
2. Zahlen	
3. Besonderheiten	126
VIII. Mecklenburg-Vorpommern	126
1. Zuständigkeit	126
2. Zahlen	126
3. Besonderheiten	127
IX. Niedersachsen	127
1. Zuständigkeit	
2. Zahlen	
3. Besonderheiten	128
X. Nordrhein-Westfalen.	128
1. Zuständigkeit	
2. Zahlen	
3. Besonderheiten	
XI. Rheinland-Pfalz	
1. Zuständigkeit	
2. Zahlen	
3. Besonderheiten	
XII. Saarland	
1. Zuständigkeit	
2. Zahlen	
3. Besonderheiten	
XIII. Sachsen	
1. Zuständigkeit	
2. Zahlen	
3. Besonderheiten	
XIV. Sachsen-Anhalt	
1. Zuständigkeit	
2. Zahlen	
3. Besonderheiten	
XV. Schleswig-Holstein	
1. Zuständigkeit	
2. Zahlen	
3. Besonderheiten	
XVI. Thüringen	
1. Zuständigkeit	
2. Zahlen	
3. Besonderheiten	135

F. Vergleich der Politik der einzelnen Bundesländer	135
Kapitel 3: Probleme und Proteste	139
A. Probleme bei der Rückführung	139
Hindernisse in der Sphäre eines Ausländers     Sonstige Hindernisse	139
B. Proteste gegen die Rückführungspraxis	
I. Organisationen und Verbände	
II. Kirchenasyl	
1. Rechtliche Wirkung	
2. Erfolg	
3. Ergebnis	
Kapitel 4: Aktuelle Lösungsvorschläge	
A. Ausreisezentren als Erfolgskonzept?	149
I. Zulässigkeit der Ausreisezentren	
1. Rechtsgrundlage	149
2. Anordnung des Aufenthalts	150
3. Unterbringung als Freiheitsentziehung	151
4. Verstoß gegen Grundrechte	
a. Verstoß gegen Art. 1 Abs. 1 GG	
b. Verstoß gegen Art. 1 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 2 Abs. 1 GG	
c. Verstoß gegen das Rechtsstaatsprinzip	
5. Zwischenbilanz	
II. Ergebnis	156
B. Härtefallkommissionen als Regulierungsinstrument	157
I. Rechtslage vor dem 01.01.2005	157
1. Ausgestaltung	157
2. Rechtsgrundlage	
3. Gründe für die Erteilung einer Empfehlung	
a. Vorübergehender Verbleib im Bundesgebiet	
b. Längerfristiger Verbleib im Bundesgebiet	
aa. Vorliegende rechtskräftige Gerichtsentscheidung	
bb. Unanfechtbare Verwaltungsentscheidung	
cc. Zielstaatsbezogene Gründe	
dd. Fehlendes Ausgangsverfahren	
4. Erfolgsvoraussetzungen eines Antrags	
a. Härtefallkommission Mecklenburg-Vorpommern	
b. Härtefallkommission Berlin	
c. Härtefallkommission Nordrhein-Westfalen	
d. Härtefallkommission Schleswig-Holstein	

6. Gründe für die Anrufung der Kommission in der Praxis	170
II. Rechtslage ab dem 01.01.2005	170
1. Der neue § 23 a AufenthG	170
a. Entstehungsgeschichte	
b. Inhalt	
c. AnwendungsbereichIII. Härtefallkommissionsverordnungen der Bundesländer nach	1/2
neuer Rechtslage	174
IV. Vergleich der alte Rechtslage und der neuen Rechtslage	176
V. Ergebnis und Bewertung	177
C. Zentralisierung der Rückführungskompetenzen und -aufgaben	179
I. Zentralisierung auf Länderebene	179
II. Zentralisierung auf Bundesebene	180
Kapitel 5: Die europäische Dimension	181
A. Die Zusammenarbeit innerhalb der EU	181
I. Anfänge einer Europäischen Rückführungspolitik	181
II. Umsetzung der Schlussfolgerungen von Tampere	183
III. Harmonisierungsprozess nach dem Gipfel von Laecken	184
IV. Das Grünbuch der EU Kommission zur Rückführung	
und Abschiebung	
V. Konkrete Maßnahmen nach dem Treffen in Sevilla	
VI. Neueste Entwicklungen	187
VII. Harmonisierung und Zentralisierung auf der Ebene der	100
Europäischen Union	
VIII. Ergebnis	
Kapitel 6: Zusammenfassung in Form von Thesen	
Summary	197
Literaturverzeichnis	201

# Abkürzungsverzeichnis

a.A. anderer Ansicht a.a.O. am angegebenen Ort

a.E. am Ende
a.F. alte Fassung
ABl. EG Amtsblatt der EG

Art. Artikel

AsylVfG Asylverfahrensgesetz

AuAS Ausländer- und Asylrecht-Schnelldienst

AufenthG Aufenthaltsgesetz
AuslG Ausländergesetz

AWR-Bulletin Vierteljahresschrift für Flüchtlingsfragen

der Forschungsgemeinschaft für das

Weltflüchtlingsproblem

Az. Aktenzeichen

BAFL Bundesamt für die Anerkennung ausländischer

Flüchtlinge

BAnz. Bundesanzeiger

BayGVBl. Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

BayVBl. Bayerische Verwaltungsblätter
BayVGH Bayerischer Verwaltungsgerichtshof

Bbg. GVBl. Brandenburgisches Gesetz- und

Verordnungsblatt

Bd. Band

BGH Bundesgerichtshof BGBl. Bundesgesetzblatt

Bln GVBl. Berliner Gesetz- und Verordnungsblatt

BMI Bundesministerium des Inneren

Brem. GBl.

Bremer Gesetzesblatt

BT-Drs.

Bundestagsdruckssachen

BRD

Bundesrepublik Deutschland

BVerfG

Bundesverfassungsgericht

BVerwG

Bundesverwaltungsgericht

BWGBl. Baden-Württembergisches Gesetzesblatt

bzw. beziehungsweise

CAT Convention against Torture and other cruel, inhuman or

degrading treatment or Punishment

CDU Christlich Demokratische Union

d.h. das heißt

DÖVDie öffentliche VerwaltungDVBI.Deutsche VerwaltungsblätterEGEuropäische Gemeinschaft

EGMR Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK Europäische Menschenrechtskonvention
EuGRZ Europäische Grundrechte-Zeitschrift

EU Europäische Union

EUV Vertrag über die Europäische Union

EZAR Entscheidungssammlung zum Ausländer- und Asylrecht

f. folgende

FDP Freiheitlich demokratische Partei Deutschlands

ff. fortfolgende

GFK Abkommen über die Rechtstellung der Flüchtlinge

(Genfer Flüchtlingskonvention)

GG Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland GARP Governement Assisted Repatriation Programme

Gem. gemäß

GMBl. Gemeinsames Ministerialblatt

GV. NW Gesetz- und Verordnungsblatt von Nordrhein-Westfalen GVBl. LSA Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Sachsen–Anhalt

Ham. Amt. Anz. Hamburgischer Amtlicher Anzeiger HessVGH Hessischer Verwaltungsgerichtshof HFK-VO Härtefallkommissionsverordnung

Hrsg. Herausgeber i.d.F in der Form

ICMPD International Centre for Migration Policy Development

InfAuslR Informationsbrief Ausländerrecht

IOM International Organization for Migration

i.S.d. im Sinne des
i.V.m. in Verbindung mit
JZ Juristenzeitschrift
JuS Juristische Schulung

KuR Kirche und Recht

MBl. NRW Ministerialblatt von Nordrhein-Westfalen

MV GVBl. Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Mecklenburg-

Kommunalpolitische Blätter

Vorpommern

m.w.N. mit weiteren Nachweisen

**KOPO** 

Nds. GVBl. Niedersächsisches Gesetz -und Verordnungsblatt NdsOVG Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht

Nds. MBl. Niedersächsisches Ministerialblatt NJW Neue juristische Wochenschrift

Nr. Nummer

NVwZ Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
OVG SaAnh Oberverwaltungsgericht Sachsen-Anhalt

RPF GVBl. Gesetz- und Verordnungsblatt von Rheinland-Pfalz

S. Seite/Satz s. siehe

Saarl. Amtsbl. Saarländisches Amtsblatt

Sächs. GVBl. Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Sächs. VBl. Sächsische Verwaltungsblätter

Slh. GVBl. Schleswig-Holsteinisches Gesetz- und Verordnungsblatt

s.o. siehe oben

SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands Thürg. GVBl. Gesetz- und Verordnungsblatt für Thüringen

Rn. Randnummer

REAG Reintegration and Emigration Programme for Asylum

seekers in Germany

u.a. unter anderem

UNHCR United Nations High Commissioner for Refugees

(Hoher Flüchtlingskommissionar der Vereinten Nationen)

u.s.w. und so weiter

VBIBW Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg

VG Verwaltungsgericht VGH Verwaltungsgerichtshof

Vgl. vergleiche

VwGO Verwaltungsgerichtsordnung VwVfG Verwaltungsverfahrensgesetz

ZAR Zeitschrift Ausländerrecht und Ausländerpolitik

z.B. zum Beispiel

ZRP Zeitschrift für Rechtspolitik

z.T. zum Teil

# **Einleitung**

#### A. Problemaufriss

Sowohl das ökonomische als auch das soziale Gefälle zwischen den Industriestaaten und der Dritten Welt wird zunehmend größer. In den Industriestaaten wird dem Ausbau des Wohlstandes und der Friedenssicherung, nicht zuletzt zur Schaffung eines krisensicheren Raums, hohe Priorität zugemessen. Hingegen beherrschen in den Dritte-Welt-Ländern Umweltkatastrophen, Hungersnöte und Bürgerkriege den Alltag. Die Entwicklung des wirtschaftlichen Wachstums, des sozialen Friedens und des menschenwürdigen Daseins sind gelähmt und zerstört. Auch drohende Menschenrechtsverletzungen und Verfolgungen treiben immer mehr Menschen zur Flucht in eine Welt, in der sie sich eine bessere Zukunft erhoffen. Sie versuchen, in einem westlichen Industriestaat ein dauerhaftes Bleiberecht zu erlangen. Deutschland war seither und ist immer noch als Zielland sehr begehrt. Die Bundesrepublik besitzt eine der umfassendsten Asylgesetzgebungen Europas, was man im Wesentlichen auf die Erfahrungen und schmerzlichen Erinnerungen an die Verfolgungen durch das Nazi-Regime zurückführen kann.1 Das deutsche Ausländer- und Asylrecht bietet zum einen Schutz für das individuelle Einzelschicksal und zum anderen der Regierung die Möglichkeit, Anordnungen als Schutz für bestimmte aktuelle Flüchtlingsgruppen zu treffen. Auch der an internationalen Standards orientierte Abschiebungsschutz erhöht die Chancen auf ein Bleiberecht.

Hervorzuheben ist Art. 16 a Abs. 1 GG als zentrale Norm für den individuellen Flüchtlingsschutz. Die deutsche Verfassung enthält in Art. 16 a GG einen subjektiven Asylrechtsanspruch.<sup>2</sup> Er bestimmt: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht." Hierbei handelt es sich um ein Grundrecht auf Asyl, welches durch eine Änderung von 19933 nicht nur unwesentlich eingeschränkt wurde, jedoch in seinem Verfassungsrang unangetastet blieb.<sup>4</sup>

Aus diesem Grund kommt der BRD z.B. auch bei der europäischen Harmonisierung des Asylrechts eine zentrale Bedeutung zu. Zu den neueren Entwicklungen im europäischen Asyl s. Wollenschläger, EuGRZ 2001, S. 354 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Siehe dazu: Göbel-Zimmermann, Asyl- und Flüchtlingsrecht, Rn. 38.

Gesetz vom 28.06.1993 (BGBl. I S. 1002). Zur Entstehungsgeschichte der Änderung vgl. Renner, NVwZ 1994, S. 452. Sie ging auf eine Vereinbarung der damaligen CDU/CSU Fraktion, der FDP und der SPD vom 06.12.1992 (abgedruckt in ZAR AKTUELL Nr. 4/1992, S. 3).

Diese Änderung wurde vielfach kritisiert. Hier einige Beispiele aus der umfangreichen Literatur: Wollenschläger/Schraml, JZ 1994, S. 61 ff.; Wollenschläger/Herler, Das Asylrecht 1997, S. 591 ff.; Roth, ZAR 1998, S. 54 ff, der zum Schluss feststellt, dass das Grundrecht durch die Änderung entscheidend an Substanz verloren hat. Vgl. zum Verfassungsrang: Renner, Kommentar zum Ausländerrecht, Art. 16 a GG Rn. 12.

Neben der Asylgesetzgebung, basierend auf Art. 16 a GG, wird das deutsche Asyl- und Flüchtlingsrecht maßgeblich durch die völkerrechtlichen Vorgaben der Genfer Flüchtlingskonvention von 1957<sup>5</sup> bestimmt.<sup>6</sup> Art. 1 A Abs. 2 GFK i.V.m. Art. I Abs. 2 des Protokolls von 1967<sup>7</sup> enthält eine Definition des Begriffes Flüchtling. Demnach wird als Flüchtling im Sinne der Konvention eine Person angesehen, die "infolge von Ereignissen, die vor dem 1. Januar 1951 eingetreten sind und aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz des Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will; oder die sich als Staatenlose infolge solcher Ereignisse außerhalb des Landes befindet, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte und nicht dorthin zurückkehren kann oder wegen der dort erwähnten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren will."

Daneben enthält die besagte Genfer Konvention das bedeutsame Abschiebungsverbot gem. Art. 33 GFK. Nach dieser Vorschrift darf ein Flüchtling, der die Feststellung im Sinne der GFK erlangt hat, nicht in ein Land abgeschoben werden, in dem sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht sein würde.

Daneben gewähren § 60 AufenthG und § 60 a Abs. 1 AufenthG (§ 53 und § 54 AuslG 1990)<sup>8</sup> humanitären Abschiebungsschutz aus anderen Gründen als einer drohenden politischen Verfolgung. § 60 AufenthG (§ 53 AuslG 1990) bietet Schutz im Einzelfall insbesondere bei drohender Folter, Todesstrafe, unmenschlicher Behandlung und anderen erheblichen konkreten Gefahren für Leib, Leben oder Freiheit.

Als gruppenbezogener Abschiebungsschutz räumt dagegen § 60 a AufenthG (§ 54 AuslG 1990) der obersten Landesbehörde die Möglichkeit ein, aus völkerrechtlichen und humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland anzuordnen, dass die Abschiebung von Ausländern aus bestimmten Staaten oder in sonstiger Weise bestimmte Ausländergruppen allgemein für die Dauer von sechs Monaten ausgesetzt wird.

\_

Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge v. 28.07.1951, BGBl. 1953 II S. 559, abgedruckt in Schiedermair/ Wollenschläger, Handbuch des Ausländerrechts, 3 E IV. S. 1.

Als Vertragsstaat hat sich Deutschland an die Vorgaben der Genfer Konvention völkerrechtlich gebunden. Ausführlich dazu Klos, ZAR 2000, S. 202.

Protokoll vom 31.01.1967, BGBl. 1969 II S. 1293, abgedruckt in Schiedermair/ Wollenschläger, Handbuch des Ausländerrechts, 3 E IV. S. 25.

Die Vorschrift des alten § 53 AuslG 1990 findet sich nun in § 60 AufenthG wieder. § 60 a Abs. 1 AufenthG übernimmt die Regelung des § 54 AuslG 1990. Die Rechtslage sollte inhaltlich im Wesentlichen gleich bleiben (BT-Drs. 15/420 S. 91 hinsichtlich § 60 AufenthG; die Vorschrift des § 60 a AufenthG wurde im Vermittlungsverfahren neu eingefügt.)

Um z.B. Massenfluchten in Bürgerkriegssituationen besser gerecht zu werden, regelten die §§ 32 bis 33 AuslG 1990 Tatbestände für Ausländer- oder Kriegsflüchtlinge, nach denen auf Anordnung des Bundes und/oder der Länder ein vorübergehender Aufenthalt ermöglicht werden konnte. Diese Vorschriften finden sich nun sinngemäß in den §§ 22, 23 und 24 AufenthG wieder.

Ist die Gewährung von politischem Asyl oder einem sonstigen legalen Aufenthaltstitel von vornherein aussichtslos, versuchen Flüchtlinge häufig mit Hilfe von Schleuserbanden illegal in westliche Länder einzureisen. Besteht auch nur die kleinste Chance auf Asylanerkennung, stellen sie einen Asylantrag in dem Land, welches sie nach ihrer langen und teilweise sehr strapaziösen Reise erreichen. Asylverfahren und anderen ausländer-rechtlichen Verfahren stellen hierbei letztlich nur fest, ob der betroffene Ausländer ein Bleiberecht erhält oder wieder ausreisen muss. Kehrseite des Rechts zum Bleiben ist daher immer die Pflicht, im Falle einer ablehnenden Entscheidung auszureisen. Asylantrag und Rückführung sind somit eng miteinander verknüpft. Die Zahlen der in den Jahren 1998-2004 gestellten folgende Asyl- und Folgeanträge sind im Folgenden dargestellt:

```
\begin{array}{rcl}
1989 & \rightarrow 143.429, \\
1999 & \rightarrow 138.319, \\
2000 & \rightarrow 117.648, ^{10}, \\
2001 & \rightarrow 118.306, ^{11}, \\
2002 & \rightarrow 91.471, ^{12}, \\
2003 & \rightarrow 67.848^{13}, \\
2004 & \rightarrow 50.152^{14}, \\
2005 & \rightarrow 42.908^{15}, \\
\end{array}
```

Bis November des Jahres 2006 wurden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 19.472 Asylanträge gemeldet. <sup>16</sup> Von diesen Asyl- und Folgeantragstellern ist die Quote derer, die auf dem Wege der Asylanerkennung oder Flüchtlingsfeststellung einen legalen Aufenthaltstitel erhalten, verschwindend gering.

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> BT-Drs. 15/420, S. 77, 78.

von Pollern, ZAR 2001, S. 76.

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> Vgl. von Pollern, ZAR 2002, S. 106.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Zahlen aus: von Pollern, ZAR 2003, S. 103.

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> S. von Pollern, ZAR 2004, S. 107.

Statistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, http://www.bamf.de/ template/statistik/anlagen/hauptteil/\_1\_auflage\_12.pdf.

<sup>&</sup>lt;sup>15</sup> S. Fn. 14.

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> S. Fn. 14.